

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 16. Juni 2025
Kantonsratspräsident Zehnder Ferdinand

A 462 Anfrage Arnold Sarah und Mit. über die Finanzierung des Kinderspitals Luzern / Gesundheits- und Sozialdepartement

Die Anfrage A 462 wurde auf die Juni-Session hin dringlich eingereicht.
Der Regierungsrat lehnt die dringliche Behandlung ab.
Sarah Arnold hält an der Dringlichkeit fest.

Sarah Arnold: Es geht um die akute Finanznot am Kinderspital Luzern durch das neue Tarifsystem Tardoc ab Januar 2026. Aktuell sind die Kosten der rund 70 000 ambulanten Kontakte im Kinderspital zu 75 Prozent gedeckt. Mit Tardoc geht man davon aus, dass höchstens eine Deckung von 50 oder 60 Prozent erreicht wird. Das führt zu einem massiven Spandruck auf Kosten der Kinder. Es liegt auf der Hand, dass das früher oder später zu Qualitätseinbussen führt, und das wissen wir bereits heute. Jetzt kann man Einfluss nehmen, wenn die Regierung über die Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK) national etwas bewegen möchte. Ich bitte Sie deshalb, die Dringlichkeit zu unterstützen.

Sabine Heselhaus: Die Einführung des neuen Tarifsystems Tardoc per 1. Januar 2026 gefährdet die kostendeckende Finanzierung der ambulanten Kindermedizin im Kanton Luzern, insbesondere des Luzerner Kinderspitals. Um bei der medizinischen Grundversorgung Schäden zu verhindern, ist ein sofortiges Tätigwerden notwendig. Die Voraussetzungen für die Dringlichkeit wie zeitlicher Druck, konkrete Betroffenheit und unmittelbarerer Handlungsbedarf sind vollumfänglich gegeben. Weil die Taxpunktswerte auf kantonaler Ebene festgelegt und genehmigt werden müssen, bestehen noch konkrete Einflussmöglichkeiten. Der Regierungsrat kann einen eigenen Taxpunktwert hoheitlich festlegen, eine detaillierte Analyse der Defizite durchführen, Anpassungen im Rahmen des Monitorings verlangen oder ergänzende Abgeltungen, zum Beispiel gemeinwirtschaftliche Leistungen (GWL) ins Budget 2026 integrieren, aber auch Standesinitiativen in Zusammenarbeit mit anderen betroffenen Kantonen einleiten. Diese Handlungsspielräume bestehen nur noch bis Ende Jahr. Die Grüne Fraktion plädiert deshalb für die dringliche Behandlung.

Michael Ledergerber: Die gestellten Fragen sind aus Sicht der SP-Fraktion sehr wichtig, richtig und entscheidend für die Zukunft des Kinderspitals. Die im Januar eingereichte Anfrage über das Kinderspital Zentralschweiz von Pia Engler verlangt von der Regierung ähnliche Antworten. Die Antworten der Regierung beider Anfragen sind für die Zukunft des Kinderspitals entscheidend und wir warten mit grossem Interesse darauf. Die Dringlichkeit ist aus Sicht der SP-Fraktion aber nicht gegeben. Daher folgen wir der Regierung und lehnen die dringliche Behandlung ab.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektorin Michaela Tschuor.

Michaela Tschuor: Auch unser Rat anerkennt die Wichtigkeit der Fragen. Es ist korrekt, dass Tardoc auf den 1. Januar 2026 eingeführt wird. Zuständig für die jetzige Ausarbeitung ist die OAAT, die nationale, ambulante Tariforganisation der Leistungserbringer und Versicherer. Die OAAT hat bereits Kenntnis davon, dass nicht alle Kantone und auch die Kinderspitäler glücklich sind. Sie wird aber erst Ende Juni entscheiden, wie sie mit den Tarifstrukturen rund um Kinderspitäler verfährt. Wir haben deshalb noch Zeit, auch im Rahmen der Beratung des Aufgaben- und Finanzplans (AFP) miteinander zu diskutieren, welche Auswirkungen der Entscheid der OAAT hat. Zudem möchten wir die vorliegende Anfrage gemeinsam mit der Anfrage von Pia Engler über das Kinderspital Zentralschweiz zeitnah beantworten. In diesem Sinn ist die Dringlichkeit nicht gegeben, da wir in einer der nachfolgenden Sessionen über mehr Informationen zur Tarifstruktur verfügen.

Der Rat lehnt die dringliche Behandlung mit 83 zu 31 Stimmen ab. Die nötige Zweidrittelsmehrheit wurde nicht erreicht.